

Benutzungsverhältnis:

1. Benutzungsverhältnis

Bei der Benutzung einer Bibliothek treten die beiden beteiligten Partner Bibliothek auf der einen und Benutzer auf der anderen Seite in rechtliche Beziehungen zueinander: es entsteht zwischen ihnen ein Benutzungsverhältnis. Seine Gestaltung richtet sich ganz wesentlich nach der Organisationsform der beteiligten Bibliothek: ist sie privatrechtlich organisiert (z. B. als GmbH oder Verein), so regelt sich die Benutzung ausnahmslos nach den Normen des Privatrechts; hat die Bibliothek jedoch einen öffentlich-rechtlichen Status (z. B. Staatsbibliothek, Hochschulbibliothek, kommunale Bücherei), so besteht die Möglichkeit, das Benutzungsverhältnis entweder öffentlich- oder privatrechtlich zu gestalten; dem Bibliotheksträger steht insoweit die Entscheidung frei. Sie muss indes klar erkennbar getroffen werden, damit bei erforderlichem juristischem Vorgehen der zutreffende Rechtsweg gewählt wird. Rechte und Pflichten der Partner bestimmen sich bei einem privatrechtlichen Benutzungsverhältnis im wesentlichen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch und der Zivilprozessordnung, bei einem öffentlich-rechtlich gestalteten nach der Verwaltungsgerichtsordnung sowie den Verwaltungsverfahren- und Verwaltungsvollstreckungsgesetzen des Bundes und der Länder.

Gemäß BGB sind Jugendliche zwischen 7 und 18 Jahren lediglich beschränkt geschäftsfähig; sie bedürfen zum Erwerb der Benutzereigenschaft die Einwilligung ihrer gesetzlichen Vertreter (also in der Regel der Eltern). Kinder im Alter unter 7 Jahren sind geschäftsunfähig, das Benutzungsverhältnis muss daher mit dem gesetzlichen Vertreter begründet werden.

Bietet eine Bibliothek ihren Benutzern einen öffentlich zugänglichen Internet-Zugang an, so regelt das *Telemediengesetz (TMG)* wesentliche Teile des Benutzungsverhältnisses für diesen speziellen Dienst. Die für Bibliotheken wichtigste Bestimmung enthält § 8 Abs. 1 TMG, wonach eine Bibliothek für fremde Seiten im Internet nicht haftbar gemacht werden kann.

2. Benutzungsordnung

Um wesentliche, laufend wiederkehrende Benutzungsvorgänge einheitlich und rechtlich eindeutig zu regeln, erlassen Bibliotheken bzw. ihre Träger Bibliotheks-, Betriebs- oder Benutzungsordnungen auf gesetzlicher Grundlage (z. B. Allgemeine Benützungordnung der Bayerischen Staatlichen Bibliotheken / ABOB oder Gemeindeordnung für Stadt- bzw. Gemeindebüchereien). Bei privatrechtlich gestalteter Benutzung handelt es sich hierbei um Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne der §§ 305 ff. BGB, wie sie im täglichen Leben bei Massengeschäften anzutreffen sind. Doch auch bei öffentlich-rechtlicher Gestaltung sind diese Vorschriften zu beachten, solange nicht Sondervorschriften des Verwaltungsrechts Gegenteiliges festlegen.

Hinsichtlich aller im Zusammenhang mit der Aufstellung, Modifizierung und Anwendung von Benutzungsordnungen sich ergebenden Fragen informiert umfassend das Gutachten von Hildebert Kirchner/Rosa Maria Wendt: *Bibliotheksbenutzungsordnungen*. Berlin 1990. (dbi-materialien. 93).

Wesentlicher Inhalt einer Benutzungsordnung ist die Gestaltung der Benutzung von Büchern und anderen Medien aus den Beständen der Bibliothek in ihren Räumen oder, bei Entleihung, außerhalb ihres Bereiches. Hierbei handelt es sich bei Unentgeltlichkeit um einen Leihvertrag im Sinne der §§ 598 ff. BGB, um einen Mietvertrag gemäß §§ 535 ff. BGB dann, wenn Leihgebühren erhoben werden. Diese Normen sind auch bei öffentlich-rechtlichem Benutzungsverhältnis entsprechend anzuwenden, solange sich nicht aus zwingenden Normen des Verwaltungsrechts, insbesondere der Verwaltungsverfahrensgesetze, Abweichungen ergeben. Der Benutzer hat entsprechend den oben erwähnten Vorschriften vom Bibliotheksgut einen vertragsgemäßen Gebrauch zu machen, es pfleglich zu behandeln, nicht zu beschädigen und es nicht an Dritte weiterzugeben.

Die Bibliothek erbringt für die Benutzer auch weitere Dienste: sie stellt ihnen Arbeitsplätze zur Verfügung (Leihe, Miete), besorgt Medien aus anderen Bibliotheken (§ 662 bzw. § 675 BGB: unentgeltliche oder entgeltliche Geschäftsbesorgung – Einzelheiten regelt die *Leihverkehrsordnung (LVO)* vom 19.9.2003 – oder sie berät sie (eventuell Dienstvertrag).

3. Datenschutz

Das *Bundesdatenschutzgesetz* und die weitgehend ähnlich angelegten Datenschutzgesetze der Länder sowie die §§ 11 bis 15 des *Telemediengesetzes (TMG)*, verbieten grundsätzlich die Verarbeitung personenbezogener Daten in automatisierten Verfahren, es sei denn, der Betroffene hatte schriftlich eingewilligt oder die betreffenden Datenschutzgesetze oder andere Rechtsvorschriften gestatten sie ausdrücklich. Nach § 14 Abs. 1 BDSG ist die Datenverarbeitung dann zulässig, wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben erforderlich ist. Diese Generalklausel erlaubt Bibliotheken, Benutzer- und Ausleihdateien mittels EDV anzulegen, soweit dies zur Aufgabenerfüllung notwendig ist. Die Benutzer sind bei der Erhebung darauf aufmerksam zu machen, ihre Einwilligung ist einzuholen; wird sie nicht gegeben, ist eine Ausleihe nicht möglich. Freiwillig können sie auch zusätzliche, nicht notwendige, aber z. B. für statistische Zwecke von Bibliotheken als nützlich erachtete Angaben machen; eine Verweigerung insoweit darf Nachteile für die Benutzer nicht nach sich ziehen. Die Datenschutzgesetze geben dem Betroffenen verschiedene Rechte gegenüber der datenverarbeitenden Stelle. Über die Einhaltung der Schutzbestimmungen wachen Datenschutzbeauftragte.

4. Haftung des Bibliothekspersonals und der Benutzer

Benutzer können in Bibliotheken zu Schaden kommen, durch beschädigte Ausstattungsgegenstände, durch unrichtige Auskünfte des Personals. Zu denken ist hier besonders an Reisen, die Benutzer zu einer bestimmten Bibliothek unternehmen, um ein Buch einzusehen, das dort gemäß Auskunft vorhanden sein soll; bei Eintreffen des Benutzers stellt sich jedoch heraus, dass die ihn zur Reise veranlassende Auskunft unzutreffend gewesen ist. In solchen oder ähnlichen Fällen hat der Benutzer einen Anspruch auf Ersatz seines Schadens. Dies ergibt sich aus dem zwischen ihm und der Bibliothek geschlossenen Vertrag (bei privatrechtlichem Benutzungsverhältnis) oder aus dem Prinzip der Amtshaftung bzw. Staatshaftung gemäß § 839 BGB in Verbindung mit

Art. 34 GG, wenn das Benutzungsverhältnis dem öffentlichen Recht unterliegt. Hier haftet der Staat oder der sonstige Träger der Bibliothek für Schäden, die der in seinen Diensten stehende Beamte oder Angestellte verursacht.

Zuweilen behandeln Benutzer das Bibliotheksgut nicht sachgemäß, beschädigen Bücher, entfernen Seiten aus ihnen, „vergessen“ bei der Ausleihe die Verbuchung. Sie verstoßen damit nicht nur gegen § 550 BGB (vertragswidriger Gebrauch der Mietsache), sie begehen eventuell auch Delikte im Sinne des *Strafgesetzbuchs*, die zur Anzeige zu bringen zu den Pflichten des Bibliothekspersonals gehört, um die Bestände vor Schäden möglichst zu bewahren. Herausreißen von Seiten, Bildern oder dergleichen aus Büchern ist als Sachbeschädigung (§§ 303, 304 StGB) zu werten, Nichtrückgabe eines entliehenen Buches trotz Mahnung als Unterschlagung (§ 246 StGB). Entfernen eines Buches aus der Bibliothek ist zwar tatbestandsmäßig Diebstahl (§ 242 StGB), dem Benutzer muss jedoch eine Zueignungsabsicht nachgewiesen werden, was in der Praxis oft schwierig ist. Kommt es in der Bibliothek zu einer Straftat, so darf der Täter von jedermann vorläufig festgenommen werden (§ 127 StPO), wenn er auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird und Fluchtverdacht besteht oder seine Identität nicht sofort festgestellt werden kann. Hierbei darf notfalls körperliche Gewalt angewendet werden mit dem Zweck, den Täter der Strafverfolgung zuzuführen.

5. Benutzungsbeschränkungen

Dem im Art. 5 Abs. 1 GG garantierten Informationsrecht können gemäß Abs. 2 dieses Artikels Grenzen gesetzt werden durch allgemeine Gesetze, insbesondere solche zum Jugendschutz, und durch das Recht der persönlichen Ehre. Für die Bibliotheken wirkt sich das dahingehend aus, dass sie nicht alle Werke jedem Benutzer zugänglich machen dürfen.

Die früher in verschiedenen Gesetzen geregelten Bestimmungen zum Schutz der Jugend sind heutzutage im *Jugendschutzgesetz (JuSchG)* zusammengefasst worden. Alle Trägermedien, die geeignet sind, Kinder oder Jugendliche in ihrer Entwicklung zu beeinträchtigen, werden in eine Liste aufgenommen. Sie dürfen sodann Kindern oder Jugendlichen nicht mehr zugänglich gemacht werden. Videokassetten und vergleichbare Bildträger dürfen Kindern und Jugendlichen nur zugänglich werden, wenn sie für die entsprechende Altersstufe freigegeben und entsprechend gekennzeichnet sind. Das Strafgesetzbuch bestimmt, dass die Verbreitung von Schriften und sonstigen Bild- und Tonträgern strafbar ist, wenn sie zum Angriffskrieg oder zum Rassenhass aufstacheln, exzessive Gewaltdarstellungen enthalten oder pornographischen Inhalt besitzen.

Bei nachgewiesenen wissenschaftlichen Interessen des volljährigen Benutzers ist die Ausleihe bzw. Präsenznutzung auch solcher Literatur möglich.

Bibliotheken ermöglichen ihren Benutzern den Zugang zum Internet. *Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag* regelt den Jugendschutz im Bereich der sogenannten Telemedien. Bibliotheken haben durch technische oder sonstige Mittel sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche keinen Zugriff auf entwicklungsbeeinträchtigende Internetangebote haben. Zu den technischen Mitteln gehören insbesondere Filterprogramme.

6. Anstaltsgewalt, Hausrecht, Ordnungsrecht

Das Recht, gegen störende Benutzer vorzugehen, wird als Anstaltsgewalt bezeichnet bzw. als Ordnungsgewalt im Hochschulbereich, die immer dem Präsidenten oder Rektor zusteht. Davon zu unterscheiden ist das unabhängig vom Benutzungsverhältnis bestehende Hausrecht, das dem Schutz des Hauses und seiner Einrichtung dient sowie der ungestörten Erfüllung von Verwaltungsaufgaben.

Die Unterscheidung der Begriffe ist kaum von praktischer Bedeutung. Sichergestellt ist, dass Bibliothekare eine rechtliche Grundlage haben, gegen störende Benutzer oder Dritte vorzugehen, wobei die zu wählende Maßnahme in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere der Störung stehen muss, entsprechend dem allgemeinen Verwaltungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit. Für den Ausschluss von der Benutzung etwa bedarf es einer Störung erheblichen Grades, z. B. strafrechtlich relevante Einwirkung auf Bibliotheksgut. Das Hausrecht wird in Gesetzen, Satzungen oder Benutzungsordnungen erwähnt. Es kann und sollte immer (z. B. vom Rektor einer Hochschule) auf den Bibliotheksleiter übertragen werden, und es ist von ihm weiter delegierbar.

Die Missachtung einer in Ausübung des Hausrechts ergehenden Anordnung, die Bibliothek zu verlassen, kann als Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) gewertet werden.

7. Verfahren gegen Benutzer

Möchte die Bibliothek nicht zurückgegebenes Bibliotheksgut wiedererlangen, so muss sie, bei privatrechtlichem Benutzungsverhältnis, vor einem ordentlichen Gericht (§ 12 GVG) klagen. Bei reinen Geldforderungen ist nach fruchtlosen Mahnungen beim Amtsgericht ein Mahnbescheid zu beantragen. Das Verfahren richtet sich nach den §§ 688 ff. ZPO.

Ist das Benutzungsverhältnis öffentlich-rechtlich gestaltet, so erfolgt ein Verfahren gegen den säumigen Benutzer nach den Vorschriften der *Verwaltungs-Vollstreckungsgesetze* des Bundes bzw. eines Landes. Voraussetzung ist ein unanfechtbarer Verwaltungsakt im Sinne der *Verwaltungsverfahrensgesetze* (Rückgabeanordnung), der u. a. auch mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen sein muss. Da Bibliotheken selten über besonders bestellte Vollstreckungsbeamte verfügen, bedienen sie sich der zuständigen Vollstreckungsbehörde.

Bibliotheken mit öffentlich-rechtlichem Träger sind aufgrund der *Verwaltungsverfahrensgesetze* des Bundes und der Länder zur Amtshilfe verpflichtet (vgl. z. B. § 4 *Verwaltungsverfahrensgesetz*), d. h. sie müssen anderen Verwaltungseinrichtungen Auskünfte geben.

8. Gebühren

Gebühren werden in Bibliotheken in vielerlei Formen (z. B. Benutzungs-, Auskunft-, Vervielfältigungs-, Mahn- und Säumnisgebühren) erhoben. Einer privatrechtlich betriebenen Bibliothek steht es frei, zu bestimmen, welche Art der Benutzung nur gegen Entgelt stattfindet und in welcher Höhe es sich belaufen soll.

Bei einem öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnis können Gebühren, d. h. öffentliche Abgaben, nicht willkürlich und auch nicht in vertraglicher Abmachung mit dem Benutzer, sondern nur auf Grund einer gesetzlichen Grundlage erhoben werden. In erster Linie ist hier *das Verwaltungskostengesetz* zu beachten, daneben Gesetze der Länder (z. B. in Bayern das Kostengesetz und das Kommunalabgabengesetz), die wiederum Ermächtigungsgrundlagen für den Erlass von einschlägigen Rechtsvorschriften oder Benutzungsgebührenordnungen enthalten.